

1Belgiens Kampf gegen Burka und Kreuz
2Die Ausgrenzung des Islam, aber auch an-
3derer Religionen geht immer weiter

4

5Von unserem Korrespondenten

6Detlef Drewes

7

8Brüssel

9Das Land ist grundsätzlich zerstritten. Aber
10nicht, wenn es um den Islam und die Burka
11geht. Wenige Tage, nachdem der Innenaus-
12schuss des belgischen Parlamentes sich für
13ein Verhüllungsverbot in der Öffentlichkeit
14ausgesprochen hatte, scheinen sich die gut
15zehn Millionen Flamen, Wallonen und
16deutschsprachigen Bewohner einig. Auch
17wenn kaum jemand den Abgeordneten
18glaubt, dass es ihnen wirklich nur um die
19Würde der Frau gegangen ist, als sie sich
20gegen die teilweise und vollständige Ver-
21mummung der Musliminnen im Königreich
22wendeten. Tatsächlich würde eine Mehrheit
23im Parlamentsplenum Mitte April der vor-
24läufige Höhepunkt eines Kampfes gegen
25die Islamisierung des Landes bedeuten, der
26weitاً gründlicher verläuft. Erst vor weni-
27gen Tagen wurde in Charleroi vor den To-
28ren Brüssels eine Lehrerin daran gehindert,
29ihre Schulklasse zu betreten, weil sie ein
30Kopftuch trug. Vor Gericht hatte der Direk-
31tor seinen Verweis mit dem so genannten
32Neutralitäts-Dekret begründet, das für alle
33Landesteile gelte.

34Etwa 900.000 Ausländer leben unter den
3510,4 Belgiern, mehr als die Hälfte davon
36bekennt sich zum Islam. Seit 1998 werden
37sie von der „Muslimischen Exekutive Bel-
38gien“ offiziell vertreten. Doch ein friedli-
39ches Miteinander hat es nie wirklich gege-
40ben. Gewaltakte sind ebenso an der Tages-
41ordnung wie Ausgrenzungen im Alltag. Im
42Raum Antwerpen sammelte die fast natio-
43nalistisch ausgerichtete Partei Vlaams Be-
44lang bei den Kommunalwahlen zuletzt 19
45Prozent der Stimmen ein. Man hatte einen
46ausschließlich auf Ausgrenzung gerichteten
47Wahlkampf geführt.

48Dabei speist sich der Widerstand gegen die
49Muslime aus mehreren Quellen. Zum einen
50wenden sich die Flamen und Wallonen ge-

51gen die mangelnde Integration der „Gäste
52mit belgischem Pass“. Zum anderen gras-
53sieren schon seit einiger Zeit Tendenzen bis
54in die hohe Politik hinein, die Trennung
55von Kirche und Staat konsequent zu Ende
56zu bringen, um damit vor allem den Mos-
57lems das Wasser abzugraben. Mitte Dezem-
58ber 2009 wollte das Parlament über eine
59Vorlage abstimmen, die dazu geführt hätte,
60dass im ganzen Land keine neuen Mo-
61scheen mehr gebaut werden dürften. Außer-
62dem sollten auch die Symbole anderer Reli-
63gionen wie Kreuze aus dem öffentlichen
64Leben verschwinden. Die Debatte wurde
65vertagt. Eine Mehrheit war zwar sicher,
66aber man wollte doch noch weitere große
67Parteien vor allem aus Flandern gewinnen,
68den Vorstoß mitzutragen. Nun hat man das
69Burka-Verbot vorab herausgelöst.
70Die politischen Parteien stehen hinter die-
71sen Ausgrenzungsversuchen, weil man sich
72davon so etwas wie Beruhigung an einer
73anderen Front verspricht. Es gibt nämlich
74kaum ein Thema, das die sonst so zerstritte-
75nen Flamen, Wallonen und die Bewohner
76der kleinen deutschsprachigen Gemein-
77schaft in vergleichbarer Weise eint. Das
78Burka-Verbot verdrängte beispielsweise die
79jüngste Entgleisung des frankophonen
80Rechtspopulisten Olivier Maingain in Sa-
81chen Sprachenstreit weitgehend aus den
82Schlagzeilen. Der wollte sich einmal mehr
83zur der seit vier Jahren ausstehenden Ernen-
84nung der wallonischen Bürgermeister dreier
85Brüsseler Randgemeinden durch Flandern
86äußern und meinte, bestimmte Praktiken
87der Flamen seien „der deutschen Besatzung
88würdig“. Auch damals habe man nur Politi-
89ker berufen, wenn sie mit den Besatzern ko-
90operierten.
91Üblicherweise rufen solche verbalen Aus-
92fälle tagelangen Streit hervor. Dieses Mal
93überschattete das Burka-Verbot jedoch die
94Diskussion. Zumal Belgien innerhalb der
95EU zum Modell aufsteigen könnte. Frank-
96reich wollte für die rund 2000 (von insge-
97samt rund sechs Millionen) Musliminnen,
98die verhüllt auf die Straße gehen, ebenfalls
99ein modernes Vermummungsverbot erlas-
100sen, hat dies aber nach Bedenken des

101Staatsgerichtshofes erst einmal ausgesetzt.
102Italien und Dänemark bereiten entsprechen-
103de Gesetze vor. Österreich und die Schweiz
104wollen abwarten, ob die Zahl der Muslima
105in Burka zunimmt. In den Niederlanden hat
106sich der populäre Rechtspolitiker Geert
107Wilders bereits für eine Strafsteuer von
1081000 Euro ausgesprochen, falls die Polizei
109eine verhüllte Frau auf der Straße erwischt.
110Ob er das durchsetzen kann, ist freilich of-
111fen – ebenso wie in allen anderen Staaten.
112Denn der Europarat in Straßburg, der kein
113EU-Gremium ist, warnte schon, dass solche
114gesetzlichen Verbote geahndet werden
115könnten, weil sie einen Bruch der Men-
116schrechtskonvention bedeuteten. Im Übri-
117gen würden sie die Lage der Frauen nicht
118erleichtern, sondern sogar noch erschweren.
119In Belgien starrt man jetzt gebannt auf die
120Parlamentssitzung Mitte April. Dann wird
121endgültig entschieden.